

# Posen-Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Ch. Spindler,  
in Grätz bei L. Kreisand,  
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Annahme-Bureau.  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien;  
bei C. L. Duwe & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Moeller.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendenk“.

Mr. 845.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 1. Dezember.

Inserate 20 Pf. die schärf gesetzte Petition oder deren Raum, Petitionen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Amtliches.

Berlin, 30. November. Se. Majestät der König hat geruht: 1) den Eisenbahn-Baudirektor v. Röckl, 2) den Professor Dr. v. Bauernfeind, 3) den Professor O. Große, 4) den Ober-Baudirektor v. Herrmann, 5) den Professor Bauschinger, sämtlich zu München, 6) den Direktor der Kunstgewerbeschule Gnauth in Nürnberg, 7) den Geheimen Rath, Professor Dr. Zeuner, 8) den Professor Giese, 9) den Geheimen Finanz-Rath Körpe, 10) den Wasserbau-Direktor Schmidt, die letzten vier sämtlich in Dresden, 11) den Ober-Baurath Brockmann, 12) den Professor, Ober-Baurath v. Leins, 13) den Vorstand der Baugewerkschule, Ober-Baurath v. Eggle, sämtlich in Stuttgart, sowie 14) den Wirklichen Admirals-Rath und vortragenden Rath in der Admiralität Wagner hier selbst, zu außerordentlichen Mitgliedern der Akademie des Bauwesens zu ernennen.

Der Kupferstecher Ernst Forberg ist zum ordentlichen Lehrer an der königlichen Kunstabakademie zu Düsseldorf bestellt worden. Die Beauftragung des Dr. Hamann zum zweiten Oberlehrer der Louisenschule zu Berlin ist genehmigt worden. Am Schullehrer-Seminar zu Neu-Kuppin ist der Hilfslehrer Maiwald von der Waisen- und Schulanstalt zu Bunzlau als Hilfslehrer angestellt.

## Vom Landtage.

## 17. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 30. November, 11 Uhr. Am Ministerische v. Puttkamer, Bitter und Kommissarien.

Der Bericht über die Verwendung des Erlöses für eine verkaufte Stadtbahnparzelle und der Nachweis über die Verwendung des Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung von 900,000 M. pro 1879/80 werden durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der flüssig gemachten Bestände der im § 94 der Unterlegungsordnung bezeichneten Fonds und der im § 95 Absatz 3 derselbst erwähnten Gelder für die Zeit vom 1. Oktober 1879/80 wird der Budgetkommission überwiesen.

Darauf folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes betreffend die Erweiterung, Ummwandlung und Neuerrichtung von Wittwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer vom 22. Dezember 1869. Zum Wort melden sich sechzehn Redner, darunter sechs gegen die Vorlage.

Abg. Platzen begrüßt, wenn auch als Gegner der Vorlage eingeschrieben, ihre Einbringung im Hause mit lebhafter Sympathie, mag der Minister sie in Folge des vorjährigen Beschlusses des Hauses oder aus Mitgefühl mit der Lage der Wittwen und Waisen „der veränderten Erwerbslage“ wegen, wie die Motive sagen, eingebraucht haben. Als Minimum sollen sie jetzt 200 M. bekommen, was immer schon dankbar anzunehmen ist; Bedenken erregt nur der Modus ihrer Aufbringung. Die Heranziehung der Lehrer zu dem vollen gesetzlichen Beitrag ist in der Ordnung, aber bedenklich die Erhöhung der Beitragssumme der Gemeinden von 12 auf 15 M. pro Stelle. Dieser Zuschlag von 3 M. ist zwar etwas Geringes und der Einzelne wird kaum merken, aber die Gemeinden sind neuen Ausgaben für die Schulen gegenüber äußerst sensible und in mancher wird das Odium auf die Lehrer geworfen werden. Nun sollen die noch fehlenden 2000 M. (später nur noch 18,000 M.) nicht aufgebracht, sondern bereits in den Staat eingestellten Mitteln, dem Titel für Besoldungszuschüsse an ältere Lehrer und sonstige Unterstützungen entnommen werden. Dagegen wäre nicht viel zu sagen, wenn die Lehrer so hohe Gehälter bezogen, um diese 52,000 Mark entbehren zu können, namentlich die älteren. Aber man nimmt damit nur etwas aus einer Tasche und legt es in andere, in der ersten Tasche wird aber die Lücke sicherlich fühlbar sein und die Lehrerschaft wird dieses Verfahren nicht sehr freundlich aufnehmen. Diese Summe, die sich von Jahr zu Jahr bis auf 18,000 Mark vermindert, könnte vielleicht und müßte trotz der Finanzlage des Staates aus seinen Mitteln für die Wittwen und Waisen gewährt werden als ein Minimum, denn mit jenen 200 Mark wird wohl etwas, aber doch sehr wenig erreicht; sie gleichen die Preisdifferenz für Lebensbedürfnisse seit 1869 mit 50 Mark aus und gerade jetzt ist die Gelegenheit geboten, etwas mehr zu gewähren und in den nächsten Jahren wird man nicht so leicht das jetzt geschaffene Gesetz wieder umgestalten. Nach den Motiven der Vorlage würde eine wirkliche Umänderung, der bestehenden Verhältnisse prinzipieller durchaus zulässig sein; es wird darin gesagt, man könnte die Kassen durch Bildung größerer Bezirke leistungsfähiger machen, ja sie sämmtlich zusammenwerfen und eine einzige bilden, wobei wohlbeworbene Rechte der Lehrer an die Kasse in einzelnen Bezirken natürlich gewahrt bleiben würden. Dieser Gedanke ist durchaus gerechtfertigt, wenn einmal in der Sache weiter vorgangen werden soll. Nach den Motiven wäre die einfachste Lösung die Annahme der jetzigen Maximalpension von 250 Mark als neuer Minimalpension, das würde auch in der That über die vorhandenen Schwierigkeiten am leichtesten hinwegheilen und müßte in den Vordergrund gestellt werden, wenn die gesetzgebenden Faktoren mit der Erweiterung des Gesetzes befassen. Das würde im Moment einen Zuschuß von 250,160, später sogar von 268,000 M. erfordern. Aber selbst wenn man den Lehrern jetzt den Minimalbeitrag absordert und den Beitrag der Gemeinden erhöht, dadurch also die erforderliche Summe bedeutend mindert, müßte dann nicht auch der Staat mit höheren Zuschüssen eintreten, wenn es irgendwie möglich wäre? Bisher hatte er nach § 5 des Gesetzes von 1869 nur sehr wenig zu leisten, um so mehr sollte er jetzt den Wittwen und Waisen der Lehrer eine Wohlthat erweisen und zugleich eine heilige Pflicht erfüllen. Denn von ihren Gehältern können sie auch nicht einen Silberschatz ersparen und für die Zeit, wo sie nicht mehr sind, zurücklegen, diese Lehrer, die in Treue und Liebe an König und Vaterland hängen und mit geringen Gehältern für das Wohl des Landes arbeiten. (Beifall.)

Abg. Stroesser: Auch ich begrüße den Entwurf mit der größten Sympathie. Was ich auszusehen habe, sind Einzelheiten, in denen ich im Ganzen mit dem Vorredner übereinstimme. Auch meine Fraktion will die Gemeinden für die Erhöhung der Wittwenpensionen in erster Linie in Anspruch nehmen, weil der Lehrer in erster Linie der Gemeinde dient. Dafür soll aber auch der Staat bei der Leitung des Schulwesens den Gemeinden einen berechtigten und bestimmten Anteil nach Maßgabe ihrer Leistungen einräumen und nicht die Schule als

seine Domäne betrachten. (Zustimmung rechts.) Wenn wir Gemeinden und Lehrer zu höheren Beiträgen verpflichten, dann ist es in der Ordnung, daß auch der Staat mit Zuschüssen eintrete. Wenn eine Erhöhung des Pensions-Minimums von 250 auf 300 Mark auch wirklich eine stärkere Heranziehung des Staats im Gefolge hat, so verweise ich nur auf den Steuererlaß von 14 Millionen, von dem sich leicht eine Million für diese Zwecke verwenden ließe.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Ich bin wieder einmal in der unerfreulichen Lage für mich allein zu sprechen. Mein geehrter Vorredner hat Ihnen gesagt, die Fraktion der Konservativen sei einstimmig in allen Punkten für das Gesetz. Ich konstatire, daß das nicht ganz richtig ist, ein paar Stimmen sind auch dagegen. Ich stimme dem Gesetz-Entwurf insofern allerdings zu, daß ich die Notwendigkeit der Erhöhung der Lehrerwittwenpensionen anerkenne, und begrüße es mit Freude, daß der Herr Minister in dieser Weise vorgeholt will. Soweit wie die beiden Vorredner gehe ich freilich nicht, daß die Pensionen noch weiter erhöht werden müßten. Dieser Gedanke scheint mir unkonstitutionell und ich spiele mich gern als Wächter des Konstitutionalismus auf. (Heiterkeit.) Ich meine, das Haus darf nicht mehr bewilligen als die Regierung fordert. Es kann sie höchstens ersuchen eine höhere Ausgabe in einem späteren Etat zu stellen, aber mehr zu geben, als sie haben will, halte ich für unkonstitutionell. Der Punkt, gegen den ich mich wende, ist die Bestimmung, daß die Erhöhung der Lehrerwittwenpensionen aus Beiträgen der Gemeinden erfolgen soll. Indessen, es gibt in den östlichen Provinzen, besonders beim Landvolk, keine empfindlichere Stelle als die der Schulbeiträge, sie ist nämlich schon unglaublich oft berührt worden. Ich bin in meiner Stellung als Landrat schon etwa seit 25 Jahren dazu gezwungen gewesen und ich gestehe, daß in meinen Geschäften bemüht von nichts weiter lebe als von der beständigen Drehung des Bohrs auf Erhöhung der Schulbeiträge. Anfangs ging es noch ziemlich piano. Man empfahl den Gemeinden und Schulpatronen nur freiwillige Beiträge und sie waren auch meistens dazu bereit. Allmäßig wurden die Bauern aber harthörig und verstanden sich zu nichts mehr. Da hat man sich dann nach einer anderen Seite gewendet und gesagt: Bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt! Noch mehr als die Geldforderungen selbst bringt sie der Modus in Aufregung, nach dem sie aufgebracht werden. Das ist nehmlich einer der sonderbarsten, den es gibt. Da wir noch kein Schulgefecht haben, so helfen wir uns durch ein paar ganz vernoderte Landrechts-Paraphen, wonach die Beiträge aufgebracht werden durch die Hausväter. Aus diesen Paragraphen folgen aber bekanntlich die unberechenbarsten Zufälligkeiten. In dem einen Falle trägt der Gutsbesitzer neben der Bauergemeinde, mit der er zusammen wohnt, beinahe nichts, weil er Schulpatron ist und die ganze Last fällt auf die Bauern. Im anderen Falle, wo der Gutsbesitzer nicht der Schulpatron ist, trägt er den Schulbeitrag mitunter dreimal so hoch wie die Bauern. Es ist also absolut keine Billigkeit in der Rechnung zu finden. Ein ganz sonderbares Verhältniß ist folgendes: Das geheime Obertribunal hat deduziert, ein Hausvater ist jede selbstständige Person, die ein eigenes Einkommen hat. Das hat die wunderbarsten Konsequenzen. Es sind nämlich z. B. auch alte Damen, die niemals verheirathet waren, Hausväter (Heiterkeit), sie brauchen auch gar keinen Haushalt zu besitzen, sondern sie wohnen in dem Haushalt eines Verwandten. Sie werden zu ihren größten Verwunderung als Hausväter behandelt und es ist sehr schwer, ihnen die Gründe dafür deutlich zu machen. Man kann ferner deduzieren, daß jedes 21jährige Dienstmädchen ein Hausvater sei. Alle diese Dinge haben die Bauern so verdrießlich den Schulbeiträgen gegenüber gemacht, daß man ihre Stimmung eigentlich nur mit einem immer bohrenden Zahnschmerz vergleichen kann, der auf die Dauer wild macht. Das hat die schlimme Folge, daß eigentlich bei der Landbevölkerung ein förmlicher Haß gegen die Schule bereits sich zu entwickeln beginnt, und für die Lehrer hat es den Nachtheil, daß alle Gesälligkeiten, auf die sie doch wesentlich angewiesen sind, mehr und mehr aufzuhören. Ich meine, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte sehr allein stehe. Ich muß annehmen, daß nur der Staat diesen Zuschuß übernehmen kann. Ich muß allerdings fragen, ist er dazu finanziell in der Lage? Ich möchte glauben ja, denn der Vorredner hat Ihnen schon gesagt, daß man ja von den 14 Millionen Erlös etwas streichen könnte. Ich habe auch da eine isolierte Stellung, ich würde es ganz gerne sehen, wenn die 14 Millionen gar nicht erlassen würden; ich bin sehr zweifelhaft, ob ich schließlich dafür stimmen werde. Ebenso könnte der Staat auch auf die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen verzichten. Ich würde auch damit sehr einverstanden sein. Die Notwendigkeit dieser Maßregel kann ich auch noch nicht einsehen, wenn ich abermals in diesem Punkte

Sterben zu viel. Aber wie die erforderlichen Kosten aufzubringen? Es scheint mir angemessen, einen prozentuellen Satz zum Beitrage Seitens der Lehrer je nach dem Gehalt zu bestimmen, so daß diejenigen Lehrer stärker herangezogen werden müßten, welche lebensfähiger sind. Die Beiträge der Kommunen zu erhöhen, halte ich nicht für richtig. Ich kann die Regierung nur bitten, die erforderliche Summe auf ihre Schultern zu nehmen. Inzwischen möchte ich dem Herrn Kultusminister anheimstellen, einige Positionen, namentlich diejenigen, welche aus dem Institut der weltlichen Schulinspektoren hervorgehen, zu streichen. Den Vorwurf des Herrn Regierungscommisars, die Kirche wolle die Kollekteten nicht, muß ich entschieden zurückweisen. Ich weise nur auf Säulen hin, wo eine Reihe von Rassen nur durch die Hilfe der Kirche entstanden ist. Allerdings, je mehr der Staat diese Rassen für sich in Anspruch nimmt und namentlich, wie es zur Zeit des Kulturkampfes geschehen ist, wenn der Staat die Schule zum Kampfe gegen die Kirche braucht, desto mehr verringert sich das Wohlwollen dieser Rassen gegenüber. Jedoch hoffe ich, daß der Minister von Puttkamer derartigen Bestrebungen nicht beitreten und dafür Sorge tragen wird, daß die Erziehung nach den Grundsätzen der Kirche und Religion erfolgen werde.

Darauf wird die Position der Unterrichtskommission überwiesen. Darauf tritt das Haus ein in die erste Berathung des Gesetz-Entwurfs zur Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 18. März 1868 betreffend die Errichtung öffentlicher, ausschließlich zu benutzender Schlauchhäuser.

Die Vorlage wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetz-Entwurfs, betreffend die Einsetzung von Bezirks-Eisenbahnräthen und eines Landes-Eisenbahnrates für die Staats-Eisenbahn-Verwaltung.

Abg. Frhr. v. Huenne: Wir stimmen den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs zu, vorbehaltlich einiger kleiner Abänderungen, die am zweckmäßigsten in einer Kommission erörtert werden. Einige Bemerkungen der Motive scheinen mir nicht unbedenklich. Wenn es z. B. dort heißt: „aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses geht hervor, daß es nicht sowohl die Absicht war, eine ganz neue Einrichtung ins Leben zu rufen, als vielmehr eine bereits im administrativen Wege geschaffene auszubauen und auf gesetzlichen Boden zu stellen“ — so scheint hiermit die Ansicht der Regierung ausgesprochen zu sein, daß man besser gethan hätte, die Sache beim Alten zu lassen. Wenn in den Motiven darauf hingewiesen wird, daß schon jetzt sachverständige Beiräthe bestehen, auf welche die Verwaltung rekurriren könne, so ist dies allerdings richtig, wir verlangen aber Beiräthe, welche gehört werden müssen, und denen durch eine gesetzliche Grundlage eine größere Selbstständigkeit und ein größeres Gewicht gegeben werden soll. Aus diesem Grunde halten wir es auch für durchaus zweckmäßig, daß im Landes-Eisenbahnrat Delegierte der Landes-Vertretung sitzen. Es wird auf diese Weise eine genügende Verbindung zwischen den parlamentarischen Körperschaften und dem Eisenbahnrate hergestellt, welche die Volksvertretung veranlassen wird, in wichtigen Fragen dem letzteren eine wünschenswerthe Unterstützung zu gewähren. Die Mitglieder, welche in den Landes-Eisenbahnrat delegiert werden, werden in den Häusern des Landtages die natürlichen sachverständigen Referenten in Eisenbahn-Angelegenheiten bilden.

Abg. v. Tielemann: Schon bei der vorjährigen Berathung hat der Abg. Stengel die Bedenken unserer Fraktion gegen die Lebensfähigkeit des Landeseisenbahnrates zur Geltung gebracht; an diesen halten wir auch heut noch fest. Was die Frage betrifft, ob die Bezirksseisenbahnräthe ernannt oder gewählt werden sollen, so scheint für die Wahl der Umstand zu sprechen, daß die genauere Kenntniß der mit den lokalen Verhältnissen vertrauten Persönlichkeiten eher bei den am Ort befindlichen Körperschaften als bei den Zentralbehörden zu finden sein wird; andererseits scheint die Errichtung deshalb den Vorzug zu verdienen, weil die landwirtschaftlichen Zentralvereine und die Handelskammern allein nicht die geeigneten Organe sind, um die Vertreter des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft für die Eisenbahnräthe zu wählen. Dass die Kommissarien der Minister Stimmrecht im Landeseisenbahnrat haben sollen, halte ich für durchaus ungerechtfertigt. Wenn die Minister das Urtheil dieser Herren hören wollen, so kann dies auch außerhalb des Landeseisenbahnrates geschehen. Ebenso wenig kann ich es billigen, daß die Landesvertretung Mitglieder in diese Körperschaft delegirt, welche durch ihr Votum leicht den Landtag binden können. Auf diese beiden Punkte glauben wir ein so erhebliches Gewicht legen zu müssen, daß meine Freunde gewilligt sind, gegen das ganze Gesetz zu stimmen, wenn ihren Bedenken in dieser Hinsicht nicht Rechnung getragen werden sollte. Die Kompetenz des Landeseisenbahnrates würde sich unseres Erachtens außer auf die vier in der Vorlage aufgeführten Punkte auch auf alle wesentlichen Veränderungen des Eisenbahnmehres zu erstrecken haben.

Minister Maybach: Ich bin vom Finanzminister ersucht worden, dem Hause mitzutheilen, daß der Gesetzentwurf betreffend die vom Hause im vorigen Jahre bei Genehmigung des Ankaufs mehrerer Eisenbahnen verlangten Garantien fertig gestellt ist und dem Hause in kürzester Frist zugehen wird, ganz konform mit den vorjährigen Beschlüssen des Hauses. Der vorliegende Entwurf ist, wie schon die Vorredner anerkannen, die loyale Erfüllung der im vorigen Jahre von der Regierung gegebenen Zusage und entspricht ganz den von der Landesvertretung geäußerten Intentionen. Wenn in den Motiven Bedenken gegen einzelne Bestimmungen und gegen die Opportunität der ganzen Vorlage geäußert sind, so konnte die Regierung freilich aus Neuerungen aus dem Lande und diesem Hause Bedenken darüber schöpfen, ob eine solche Einrichtung auf gesetzlichem Boden schon jetzt zweckentsprechend sei. Sie glaubte andeuten zu müssen, daß solche Bedenken vorhanden seien, die sie aber nicht für so wichtig halten könne, daß sie nicht getreu ihrer Zusage diesen Gesetzentwurf einbringen sollte. Die Regierung würde auch, ich glaube, dies bestimmt aussprechen zu können, wenn der Entwurf von den Häusern des Landtages angenommen wird, ihrerseits kein Bedenken tragen, die Bestätigung desselben zu beantragen. Ich bitte auch die Bemerkung der Motive, daß es sich nur um den Ausbau einer schon bestehenden Einrichtung handelt, nicht so aufzufassen, als solle damit gezeigt sein, daß es ebenso gut beim Alten bleiben könne. Diese Bemerkung der Motive sollte nur darauf hinweisen, daß eine im Lande mit Befriedigung aufgenommene Einrichtung durch dieses Gesetz ausgebaut werden sollte. Die Regierung hat bei einer so umfangreichen Verwaltung, wie es die der Eisenbahnen ist, das Bedürfnis, sich von einem technischen Beirath leiten zu lassen. Die allerwichtigsten Erfahrungen bestimmen sie hierzu. Erst in der neuesten Zeit haben wir den Verkehr vorübergehend erheblich geschwächt, weil wir eine Bestimmung ohne Buzierung von innerhalb der Interessenten stehenden Sachverständigen getroffen hatten. Wir wollen solchen Irrthümern nicht wieder unterworfen sein, sondern über die berechtigten Wünsche des Landes unterrichtet sein und erfahren, wie wir denselben am besten und billigsten entgegenkommen, da wir in den Eisenbahnen nur Einrichtungen für die Wohlfahrt des Landes erblicken. (Beifall rechts.) Nur um die Entwicklung des Verkehrs auf dem richtigen Wege zu fördern, haben wir die Bezirks-eisenbahnräthe einberufen und empfehlen Ihnen jetzt eine weitergehende Einrichtung auf gesetzlichem Boden. Als Termin für das Inkrafttreten liegt der 1. Januar 1882 wohl nicht zu weit hinaus, da die Mitglieder der Bezirksseisenbahnräthe erst von den Provinziallandtagen resp. Provinzialausschüssen gewählt werden und dann erst den Landes-eisenbahnrat wählen, auch der Entwurf erst die Berathung der beiden Häuser passiren und Geschäftsregulative entworfen und andere Vorbereitungen getroffen werden müssen. Jedenfalls aber wünscht die Regierung sich mit dem Hause über die Grundlagen eines Gesetzes zu verstündigen, das der Wohlfahrt des Landes dienen soll. (Beifall.)

Abg. Leuschner weist darauf hin, daß in den Handelskammern die Industrie nicht genügend vertreten sei, und daß es des-

halb notwendig erscheine, auch den großen freien industriellen Vereinigungen ein Präsentationsrecht für die Bezirksseisenbahnräthe einzuräumen.

Abg. Büchtemann: Mit der Bestimmung, daß dem Landes-eisenbahnrat die Anordnungen wegen Zulassung oder Versagung von Ausnahm- und Differentialtarifen vorzulegen seien, würde eine vollständige Stagnation im Tarifwesen herbeigeführt werden. Man kann ja meinen, daß eine größere Stabilität wünschenswerth sei. Aber ein Fortgang ist nur im Wege der Differentialtarife möglich. Ich kann das aus meiner Erfahrung konstatieren. Das schon jetzt hinreichend niedrige Tarife existieren, wird keiner behaupten wollen. Ich halte vielmehr eine Herabsetzung noch wohl für möglich. Ueber die Differential- und Ausnahmetarife existieren irrtümliche Anschaubungen. Die Anschaubung, daß dieselben die Landwirtschaft geschädigt hätten, halte ich nicht für richtig. Wenn der Minister für Landwirtschaft neulich erklärte, daß er auf die Eisenbahn-Tarife größeren Werth lege, als auf die Frage der Zölle selbst, so hat er sich diese Behauptung dadurch leicht gemacht, daß er dafür keinen Beweis angetreten hat. Sobald es auf eine spezielle Erörterung der Frage ankommen sollte, würde ich gern dazu beitragen, diese verbreiteten Gesichtspunkte richtig zu stellen. Wer lange im Tarifwesen steht, weiß, daß der Wechsel in dieser Frage sehr rasch gewesen ist. Vor einem Jahre stand man auf der Höhe der Antipathie gegen Differentialtarife. Heute ist nur noch von einer vorsichtigen Regulierung der Tarife die Rede. Was darunter zu verstehen ist, weiß ich nicht. In der Hauptsache ist die Vorlage davon ausgegangen, daß es darauf ankommt, die Staatsseisenbahnverwaltung zu dezentralisieren. Die Zwecke aber, die der Minister verfolgt, werden auf dem Wege der Dezentralisation nicht erreicht. Der Staat kann nicht aus der Hand gegeben werden; er bildet den Schwerpunkt der Eisenbahnverwaltung; ebenso steht es mit den Fahrplänen. Der Landeseisenbahnrat ist auch vom Volkswirtschaftsrath unterschieden. Letzterer hat Gesetze vorzubereiten, jener steht nur dem Minister zur Seite, der nach Willkür die Beschlüsse derselben ausführen kann oder nicht. Tatsächlich fallen damit die Eisenbahnsanzen der Landesvertretung noch mehr aus der Hand. Die Bezirksseisenbahnräthe und der Landeseisenbahnrat können gegeneinander wirken. Ein Beispiel aus jüngster Zeit bieten die Verhandlungen über die Einführung der zweiten Stückzollflasche. Es müßte jedensfalls eine Auflösung darüber gegeben werden, wie solche Kollisionen zu vermeiden sind. Wenn Differential- und Ausnahmetarife dem Landeseisenbahnrat vorgelegt werden sollen, so müßte sich derselbe permanent erklären. Denn daß bei solchen Dingen alle Vierteljahre nur einmal Beschluß gefaßt werde, ist nicht angängig. Ich stehe nicht auf einem negativen Standpunkte, sondern finde die Abhilfe in dem Wege der Reichseisenbahngegesetzung.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Petitionen, Wahlprüfungen und Etat.)

in diesem Bezirke am 4. d. M. zur engeren Wahl kommen, Kaufmann G. Langen erklärt hatte, er trete zu Gunsten des Buchdruckereibesitzers G. Rösel zurück, dessen Wahl auch das Komitee befürwortet, wurde von der Versammlung mit allen gegen eine Stimme beschlossen, bei der engeren Wahl dem Buchdruckerei-Besitzer G. Rösel Stimme zu geben und in diesem Sinne zu wirken.

○ Gnesen, 26. Novbr. [Sammlungen des Suppenvereins. Vereins-Sammlungen des Suppenvereins. Besitzveränderung.] Die Sammlung des Suppenvereins wird, je näher der bittere Winter kommt, desto eifriger von Haus zu Haus herumgetragen. Nur um 10 Pfennige bittet die Auflösung der Büchse, und gewiß wird diese Kleinigkeit von Niemandem versagt, dem der edle Zweck bekannt ist. Nicht selten werden sogar 2- und 3-Mark-Stücke in der Büchse vorgefundene. — Der hiesige Verschönerungs-Verein hielt vor kurzer Zeit seine diesjährige Generalversammlung ab, die eine sehr zahlreiche Beteiligung aufzuweisen hatte. Aus den Berichten ergab sich die erfreuliche Thatsache, daß der Verein wiederum einen günstigen Jahresabschluß machen konnte. Der dem Verein gehörige Verchönerungsgarten, welcher unter der technischen Leitung und Verwaltung des Künstlers Streicher steht, hat dem Verein einen nachhaltigen Reingewinn gebracht, der zur Deckung resp. Amortisation der zur Anlegung des Etablissement nötig gewordenen, aufgenommenen Kapitalien verwendet worden. Für das nächste Jahr sind wieder bedeutende Verchönerungen bisher fast wüstgelegenen Stellen im Innern der Stadt, sowie in der unmittelbaren Umgebung derselben in Aussicht genommen. — Das dem Bürger Rogozynski gehörige Grundstück in der Wilhelmstraße, auf welchem derselbe im vergangenen Sommer ein prächtiges Gebäude erbaut hat, ist für den Preis von ca. 70,000 Mark an den Kaufmann Herrn A. Schilling aus Inm knapp übergegangen. Letzterer hat in dem neuen Hause ein Material- und Kolonialwaren-Geschäft eröffnet, welches sich trotz seines kurzen Bestehens einer sehr großen Frequenz zu erfreuen hat.

△ Mogilow, 26. November. [Berbrante Kinder.] Auf dem 4 Kilometer von hier entfernten Gute Twierdin traf auf dem ersten Vogt folgender Unfall: Der qu. Vogt befand sich auf dem Herrenhof bei seiner Arbeit, während seine Frau bei den Kindern im Hause war. Von Langeweile geplagt, kam sie auf den Einfall, ihre Freundin, die auf dem nahen Gute Dombrowska wohnt, zu besuchen. Bevor sie die Wohnung verließ, machte sie noch ein großes Feuer in den eigenen Ofen, damit die Kinder recht warm sitzen sollten. Das älteste Kind von etwa 6 Jahren trug das Brüderchen von 6 Monaten auf den Arme und setzte sich damit vor den glühenden Ofen, während ein Knabe von 3 Jahren an der Stubentür sitzen blieb und spielte. Was nun weiter geschah, kann Niemand wissen. Als die Mutter nach Hause und die Thür aufschloß, bot sich ihr folgender Anblick dar: Das 6 Monate alte Kind lag auf dem Boden und schrie, der dreijährige Knabe saß in einer Ecke und das älteste Kind war nicht zu sehen. Da Knabe brauchte der Mutter nur zu sagen, wo die Schwester geblieben, im Übrigen konnte sie schon wissen, was passiert war, denn das Mädchen war im wahrsten Sinne des Wortes gebraten. Es lag, die Gemeinde bereits ausgelaufen, tot unter einem Bett, wohin es in seiner Todesangst gekrochen war. Auch das 6 Monate alte Kind saß nicht ohne Grund, denn an seinen Händchen und Füßchen befanden sich schreckliche Brandwunden. Das dritte Kind ist unbeschädigt. Zu bewundern ist, daß das Unglück nicht noch größer geworden. Die Mutter, sich ihrer Schuld bewußt, hätte sich entlebt, wenn nicht der Mann sie zurückgehalten.

□ Krototchin, 26. November. [Repräsentantenwahl.] Bei der gestern hier stattgefundenen Repräsentantenwahl der südlichen Gemeinde sind 6 achtbare hiesige Bürger gewählt, deren redliche Charakter warme parteilose Wahrnehmung der ihnen amtertaute Interessen in jeder Beziehung garantieren.

## Briefe und Zeitungsberichte.

○ Berlin, 30. November. [Der Finanzminister und der Steuer-Classe.] Herrn Bitter's Rücktritt, von dem in den Zeitungen die Rede ist, steht nicht unmittelbar bevor; aber so hilflos nach jeder Richtung hin, wie seine Stellung, ist noch niemals die eines Ministers gewesen, und es wäre daher immerhin möglich, daß er, auch ohne schon direkt dazu gedrängt zu sein, die Flinte demnächst in's Korn würde. Die Gleichgültigkeit, mit der heute Abend die „Kreuzztg.“ die Mittheilung von der Erschütterung der Bitter'schen Position verzeichnet, charakterisiert das Unbehagen der Konservativen darüber, daß sie, die Wortschriften der „altpreußischen soliden Finanzpolitik“, sich durch den Bitter'schen Staat haben verleiten lassen, entschieden für den Steuer-Erlaß einzutreten, und nun nicht mehr wissen, ob sie sich Angesichts der durch die Frage nach der Höhe der Matrikular-Beiträge geschaffenen, gestern von uns geschilderten Situation von dem Vorschlag loslassen sollen oder ob sie es dem Kanzler schuldig sind, trotz Allem dabei zu beharren. Auch bei seinen Kollegen im preußischen Staatsministerium hat Herr Bitter keinen Halt; und wie die Verlegenheit, in welche er in der Budget-Kommission gerathen, in Friedrichsruhe aufgenommen worden, bedarf keiner Erörterung; war doch die Möglichkeit, vor den Reichstagswahlen einen Steuer-Erlaß verkünden zu können, einer der Trümpfe, welche Fürst Bismarck in seinem Spiele zu haben glaubte. Was Herr Bitter augenblicklich, so weit es auf den Kanzler ankommt, vor dem Verlust des Portefeuilles sichert, das sind die Erfahrungen, welche Fürst Bismarck auf der, seit Camphausen's Rücktritt bereits zweimal notwendig gewordenen Suche nach einem Finanzminister gemacht hat. Daß finanzielle Kapazität sich mit dem verlangten Maße von Geöffnigkeit nicht vereinigt findet, davon hatte der Kanzler sich bald überzeugen müssen; aber er erfuhr auch, daß sogar der Verzicht auf das erste Erforderniß nicht gegen die Erfahrung schützte, es doch mit einem Finanzminister zu thun zu haben, der in gewissen Grenzen einen eigenen Willen hat. Herr Hobrecht bewies solchen, und Herr Bitter scheut sich immerhin ebenfalls einigermaßen, mit seinem Namen die Erinnerung an eine Finanzpolitik zu verknüpfen, welche wesentlich durch Erwägungen der politischen Taktik geleitet wäre. Die im Finanzministerium lebendigen Traditionen der altpreußischen Finanzwirtschaft wirken offenbar sehr bald auch auf einen, aus ganz anderer Sphäre hervorgegangenen Minister ein, wenn derselbe nicht über ein großes Maß kühner Rücksichtslosigkeit gebietet. Fände sich für das jetzige Amt des Herrn Bitter ein Kandidat, der diese Eigenschaft und zugleich so viel finanzielle Kenntniß besaße, daß er nicht von den Informationen seiner Nächte sich brauche leiten zu lassen, so würde es mit Herrn Bitter's Amtsführung bald zu Ende sein; aber solch' ein Retter in der Not ist, noch der früheren Vergeblichkeit der Suche nach ihm zu schließen, nicht zu erwarten; und deshalb kann die in latentem Zustande allerdings bestehende Krise sich sehr wohl bis zur Rückkehr des Kanzlers nach Berlin, vielleicht auch noch länger, hinziehen — falls Herrn Bitter die Peinlichkeit seiner Stellung nicht früher persönlich unerträglich wird.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 30. November. Am 29. d. Mts. trat der Bundesrat unter dem Vorsitz des Staatsministers v. Bötticher zu einer Plenarsitzung zusammen, in welcher zunächst die Mittheilung von der Ernennung des kaiserlichen Unterstaatssekretärs Dr. v. Mayr zum stellvertretenden preußischen Bevollmächtigten und von der Abordnung der kaiserlichen Unterstaatssekretäre v. Pommer-Esche und v. Puttkamer, sowie des Regierungsrats Dr. Noller als Kommissarien der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen zu den Berathungen des Bundesrats erfolgte. — Als dann wurden die nachstehend bezeichneten Vorlagen, nämlich: a) die allgemeine Rechnung über den Haushalt für die Rechnungsperiode vom 1. Januar 1876 bis letzten März 1877, b) der Antrag auf authentische Auslegung des Art. 14 des Konsularvertrages mit Spanien vom 12. Januar 1877, c) der Entwurf einer Verordnung über die Kautions des Rentanter der Bureaukasse beim Reichsamt des Innern, d) die zu Paris am 3. November 1880 unterzeichnete Uebereinkunft wegen des internationalen Austausches von Postpaceten, e) mehrere Elsaß-Lothringische Gesetzentwürfe, betreffend: 1) die Ausübung des Tagdrecks, 2) die Gewährung von Unterstützungen an Gemeinde-Forstschutzbeamten, 3) die öffentlichen Versteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens, 4) die Haftbarkeit des Miethers oder Pächters für Brandschaden, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Beschlussnahme über einen Antrag auf Billigung von Ruhegehalt an einen Beamten der Seemarke blieb vorbehalten. Der Entwurf eines Gesetzes über die Einrichtung der oberen Forstbehörden in Elsaß-Lothringen und der Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Landeshaushalts-Etats von Elsaß-Lothringen für 1881/82 nebst Anlagen, erhalten, dem Gutachten der berichtenden Ausschüsse entsprechend, die Zustimmung der Versammlung. Nach dem Antrage der für Zoll- und Steuern und für Handel Ausschüsse und Verkehrs wurde ferner beschlossen, daß für die Folge außer den im § 12 Absatz 4 der Bekanntmachung vom 20. November 1879 (Centralblatt für das Deutsche Reich Seite 676) bezeichneten Postsendungen von der Aufnahme in die Nachverfahrungen über den Seeverkehr noch diejenigen zur Einfuhr mit der Post bestimmten Gegenstände auszuschließen seien, welche bei den Amtmännern in den betreffenden Seaplätzen nicht in den freien Verkehr gelegt, sondern zum Zweck der Eingangs-Absättigung auf andere Amtmänner abgelassen werden. Weitere Ausschüsse berichten erstattet und entsprechende Beschlüsse gefaßt über die Bezeichnung einer Anzahl von Eingaben. Die letzteren betrafen: a) die Ermäßigungen des Zolles für Butter, b) die Rückerstattung von Brauerei-Fixationsbeträgen, c) die Nachherabsetzung des Eingangs-zolles für alte Bierfässer, d) die Zollbehandlung von Kravatten (Lavallières), e) die Rückerstattung des Eisenzolles bei der Ausfuhr von Maschinen und von Gustafeln, f) die Taxe für Schmalz in Fässern. — Endlich wurde, ebenfalls nach dem Vorschlag des zuständigen Ausschusses, über das Rechtsgebot eines Grenzaufsehers Kuhn gegen seine zwangsläufige Veriegung in den Ruhestand Entscheidung getroffen. Den Schlüß bildeten Mittheilungen über die neuerdig eingegangenen Eingaben und die Regelung ihrer geschäftlichen Behandlung.

Wien, 30. November. [Unterhaus.] Nach dem vom Finanzminister Dumenski heute gegebenen Finanzerposé betragen die Bruttoumsätze pro 1881 441,537,000 Fl., demnach gegenüber dem Jahre 1880 ein Mehr von 18,086,000 Fl., abzüglich des im Vorjahr benötigten Kredites für die Arlbergbahn. Die Bruttoeinnahmen pro 1881 sind auf 407,125,000 Fl. veranschlagt, mithin um 11,647,000 Fl. höher als im Vorjahr. Der Abgang stellt sich sonach auf 34,412,000 Fl. abzüglich des Erfordernisses für die Arlbergbahn mit 6,500,000 Fl.

## Vocales und Provinzielles.

Posen, 1. Dezember.

r. [Zu den Stadtverordneten-Stichwahlen.] Gestern Abend fand auf Einladung des Komitees zur Vorbereitung der Stadtverordneten-Wahlen im Handelssaale eine Versammlung der deutschen freisinnigen Wähler des 1. Bezirks der II. Abtheilung statt. Nachdem von den beiden Kandidaten, die

bleiben pro 1881 27,912,000 Fl., dem Abgange vom Jahre 1880 gegenüber demnach eine Steigerung um 2,739,000 Fl. Da indes im Jahre 1880 durch den Verlust des Stellvertreterfonds und des Invalidenfonds 2,800,000 Fl. unter den Einnahmen figurirten, stellt sich die Bilanz um 61,080 Fl. günstiger. Nach der vom Minister aufgestellten Berechnung übersteigen die regelmäßigen wiederkehrenden Nettoausgaben von 1881 diejenigen des Jahres 1880 um 6 Millionen Fl., während die regelmäßigen wiederkehrenden Nettoeinnahmen des Jahres 1881 diejenigen des Jahres 1880 um 5 Millionen Fl. übersteigen. Bei den nicht regelmäßig wiederkehrenden Nettoausgaben ergibt sich pro 1881 eine Erhöhung um 3–4 Millionen. Die nicht regelmäßig wiederkehrenden Nettoeinnahmen pro 1881 besitzen sich auf nur 175,000 Fl. Auf die Resultate des Jahres 1880 übergehend, konstatierte der Minister, daß dieselben bisher im Ganzen günstige seien. Die direkten Steuern hätten bis Ende Oktober dem Voranschlag gegenüber ein Mehrerträgnis von 1,800,000 Fl. ergeben, bei den indirekten Steuern hätten allein die Tabaksteuern ein Mehr von ca. 2 Millionen gebracht. Was die Deckung des Abgangs von 1881 anbetrifft, so erinnert der Minister daran, daß er schon vor Jahren im Hause ange deutet habe, wie es vielleicht zweckmäßiger gewesen wäre, wenn man die Steuerreform mit der indirekten Besteuerung begonnen und dann erst die direkten Steuern revidiert hätte. Da jedoch die Gesetzgebung den entgegengesetzten Weg betreten habe, beabsichtige die Regierung ihre weitere Aktion an die schon einmal aufgenommene, dann aber wieder unterbrochene Reform der direkten Steuern anzuknüpfen; er werde daher zunächst einen Gesetzentwurf über die Bestimmung der Grundsteuer-Hauptsumme vorlegen, sobald die Grundsteuer-Zentralkommission, was demnächst mit Zuvericht zu erwarten sei, die dafür erforderlichen Voraussetzungen geschaffen habe. Das Gesetz über Änderung der Gebäudesteuer liege bereits vor. Der Minister hat dringend, dieses Gesetz bei seinem Zusammenhang mit der Grundsteuer auf das Nachste zu erledigen. In dem gegenwärtigen Sessionsabschnitt beabsichtigt der Minister noch das Gesetz über Reform der Erwerbsteuer und der bestehenden Einkommensteuer vorzulegen, weitere Entwürfe auf diesem Gebiete sollen im nächsten Sessionsabschnitt eingebrochen werden. Der Minister erwartet aus den vorgelegten Entwürfen ein Mehrerträgnis von 4 Millionen, glaubt jedoch die Notwendigkeit der äußersten Vorsicht bei der Reform der direkten Steuern betonen zu müssen in Hinblick auf die Erfahrungen bei der Erhebung der Steuern und mit Rücksicht auf die Landes- und Gemeindezuschläge — ein Gebiet, welches sich dem Einfluß der Reichsgesetzgebung entziehe. Die demnächst vorzulegende Gebührennovelle werde die Bedeckung um circa 4 Millionen Gulden erhöhen. Im Betriff der indirekten Steuern erachtet der Minister dringend um die Annahme der vorliegenden Petroleumsteuergesetzes, welches einen Ertrag von 4 $\frac{1}{2}$  Mill. Gulden verspreche. Das Schankgesetz stelle einen Ertrag von 1 $\frac{1}{2}$  Million, das bestehende Zuckersteuergesetz ein Mehrerträgnis von 400,000 Fl. in Aussicht, so daß sich aus den angeführten indirekten Steuern allein pro 1882 eine um 6,300,000 Fl. höhere Bedeckung in Aussicht nehmen lasse. Die weiteren Reformen der indirekten Besteuerung erforderlichen Zeit, theils wegen der erforderlichen umfassenden Erhebungen, theils wegen des mit der ungarischen Regierung herbeizuhenden Einvernehmens. Die Regierung sei überzeugt, daß der Weg der Steuergezegung allein nicht genügen könne, um das Gleichgewicht herzustellen, wenn man nicht gleichzeitig nachdrücklich dahin treibe, die Steuerkraft der Bevölkerung durch entsprechende Maßregeln zu heben. Die neuesten Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens zeigten eine Wendung zum Besseren. Die Regierung werde namentlich bezüglich der Verkehrs- und der Erbauung der Landwirtschaft mit besonderer Berücksichtigung des kleineren Landwirthes, weitere Vorlagen machen.

**Galatz**, 30. November. Die europäische Donaukommission hat die Beratung des Schiffahrtsreglements auf zwei Tage vertagt. Veranlassung dazu bot der Umstand, daß die Mächte mit der Pforte behufs Zurückziehung des Protestes derselben gegen die Zulassung des bulgarischen Delegirten an den Berathungen unterhandeln. Man erachtet es hier als wahrscheinlich, daß der bulgarische Delegirte nicht ausgeschlossen werden wird, selbst wenn die Pforte auf ihrem Protest beharren sollte.

**Rom**, 29. Novbr. [D e p u t i r t e n f a m i n e r.] Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte Nicotera, gleichzeitig im Namen seiner Freunde, daß er und seine Freunde gegen das Ministerium stimmen würden. Nach einer längeren Rede des Ministers des Innern, Depretis, in welcher dieser die innere Politik der Regierung vertheidigte und nachwies, daß das Ministerium bei allen Gelegenheiten seine Pflicht gehabt habe, wurde die Generaldebatte geschlossen. Odescalchi begründete hierauf eine Tagesordnung, in welcher die Aufschlüsse über die Ankunft von Kommunards in Italien für unbefriedigend erklärt werden, Martini sprach für Annahme einer Tagesordnung, nach welcher die Kammer die Erklärungen des Ministeriums zur Kenntnis nehmen und zur Tagesordnung übergehen soll. Martini sprach volles Vertrauen zu dem Ministerium aus. (Fortsetzung morgen.)

**London**, 29. November. Bei den heute stattgehabten Wahlen zum Parlament wurden in Stenfrewshire Crum und in Clackmannan Balfour (beide liberal) ohne Opposition gewählt.

**London**, 30. November. Shaw Lefevre ist zum Oberkommissar der Bauten und Trevelyan zum Sekretär der Admiraltät ernannt worden. — Nach einer Meldung des „Reuter-Schen Bureau“ aus Konstantinopel begiebt sich der englische Botschafter Goschen am 8. f. Mts. nach London, kehrt aber im Januar f. J. auf seinen Posten in Konstantinopel zurück.

**Petersburg**, 30. November. Der Kaiser ist heute Vormittag um 10 Uhr aus Livadia nach Petersburg abgereist. — Der Großfürst Vladimir mit seiner Gemahlin und seinen Kindern und der deutsche Botschafter, General v. Schweinitz, sind heute hier wieder eingetroffen.

**Bukarest**, 30. November. Der Senat wählte den Fürsten Demeter Ghika zum Präsidenten, Lecca und den Oberst Bibesco zum Vizepräsidenten.

Verantwortlicher Redakteur v. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anzeigen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Wetterbericht vom 30. November, 8 Uhr Morgens				
Dort.	Barom. a. 0 Gr. nach Meeressniv. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	—	still	bedeckt	4
Aberdeen	767	WSW	9 Gewitter	7
Christiansund	749	WNW	2 Nebel	8
Kopenhagen	768	W	8 wolkenlos	4
Stockholm	757	W	halb bedeckt	-2
Haparanda	743	still	halb bedeckt	2
Petersburg	750	W	3 wolkenlos	5
Moskau	753	WSW	1 wolfig	5
Cork Queenst.	768	D	5 bedeckt <sup>1)</sup>	9
Brest	772	SSW	2 bedeckt <sup>2)</sup>	6
Helgoland	772	SSW	3 bedeckt	7
Sylt	770	WSW	3 Nebel	8
Hamburg	773	WSW	4 Nebel	4
Swinemünde	771	WSW	4 Nebel	4
Neufahrwasser	769	NW	4 bedeckt	6
Memel	764	W	5 bedeckt <sup>3)</sup>	6
Paris	776	S	1 wolkenlos	3
Münster	775	SW	2 bedeckt	0
Karlsruhe	776	S	2 wolfig	4
Wiesbaden	777	S	1 bedeckt <sup>4)</sup>	4
München	776	D	1 Nebel	1
Leipzig	775	SSW	2 heiter <sup>5)</sup>	-2
Berlin	774	WSW	1 bedeckt	2
Wien	777	still	bedeckt	2
Breslau	774	WNW	1 heiter <sup>6)</sup>	0
Ne d'Air	772	D	5 wolkenlos	5
Nizza	774	WNW	2 Dunst	10
Triest	775	D	1 wolkenlos	8

<sup>1)</sup> Große See. <sup>2)</sup> Große See. <sup>3)</sup> Große See, Nachts leichter Regen. <sup>4)</sup> Vormittag leichter Niederschlag. <sup>5)</sup> Reif. <sup>6)</sup> Reif.

<sup>1</sup> = leiser Zug, <sup>2</sup> = leicht, <sup>3</sup> = schwach, <sup>4</sup> = mäßig, <sup>5</sup> = frisch, <sup>6</sup> = stark, <sup>7</sup> = steif, <sup>8</sup> = stürmisch, <sup>9</sup> = Sturm, <sup>10</sup> = starker Sturm, <sup>11</sup> = heftiger Sturm, <sup>12</sup> = Orkan.

**Anmerkung:** Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Island bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

#### Übersicht der Witterung.

Unter dem Einfluß des Depressions-Gebietes im Norden, welches sich seit gestern wenig verändert hat, dauern die stürmischen Westwinde an der norwegischen Küste noch fort. Christiania und andauernden Südwestwinden. Auch an der deutschen Küste wehen noch mäßige bis starke westliche und südwestliche Winde, während über den britischen Inseln eine Windstille eingetreten ist. Über Zentral-Europa hat sich die Wetterlage wenig verändert. Das trübe, vielfach neblige Wetter ohne erhebliche Niederschläge dauert daselbst fast unverändert fort. Die Temperatur ist ziemlich gleichmäßig verteilt, in Deutschland liegt sie an der Küste und im Süden über der normalen, dagegen in Mitteleuropa unten derselben.

#### Deutsche Seewarte.

#### Telegraphische Börsenberichte.

##### Bonds-Course.

**Frankfurt a. M.**, 30. November. (Schluß-Course.) Abgeschwächt. Lond. Wechsel 20,36. Pariser do. 80,76. Wiener do. 172,20. R. M. St. A. 148 $\frac{1}{2}$ . Rheinische do. 158 $\frac{1}{2}$ . Hess. Ludwigsh. 95 $\frac{1}{2}$ . R. M. Br. Anth. 130 $\frac{1}{2}$ . Reichsanl. 100 $\frac{1}{2}$ . Reichsbank 148. Darmst. 154 $\frac{1}{2}$ . Meining. B. 98 $\frac{1}{2}$ . Dest.-Ang. Bf. 706,00. Kreditattien\* 246. Silberrente 62 $\frac{1}{2}$ . Papierrente 62 $\frac{1}{2}$ . Goldrente 74 $\frac{1}{2}$ . Ung. Goldrente 93. 1860er Loose 122 $\frac{1}{2}$ . 1864er Loose 313,00. Ung. Staatsl. 221,20. do. Ostb.-Obl. II. 84 $\frac{1}{2}$ . Böh. Weißbahn 208 $\frac{1}{2}$ . Elisabethb. 177 $\frac{1}{2}$ . Nordwestb. 161 $\frac{1}{2}$ . Galizier 289 $\frac{1}{2}$ . Franzosen\* 241 $\frac{1}{2}$ . Lombarden\* 78 $\frac{1}{2}$ . Italiener — 1877er Russen 92 $\frac{1}{2}$ . 1880er Russen 71 $\frac{1}{2}$ . II. Orientanl. 58 $\frac{1}{2}$ . Bentr.-Pacific 111 $\frac{1}{2}$ . Distrikto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Nach Schluß der Börse: Kreditattien 245 $\frac{1}{2}$ . Franzosen 241 $\frac{1}{2}$ . Galizier 238 $\frac{1}{2}$ , ungar. Goldrente —. II. Orientanleihe —. 1860er Loose —. III. Orientanleihe —. Lombarden —. Schweizer. Zentralbahn —. Main-Lubw.-Hafen —. 1877er Russen —. Böh. Westb. —. \*) per medio resp. per ultimo.

**Frankfurt a. M.**, 30. November. Effekten-Societät. Kreditattien 245 $\frac{1}{2}$ , Franzosen 241 $\frac{1}{2}$ , Lombarden 78 $\frac{1}{2}$ , 1860er Loose 122 $\frac{1}{2}$ , Galizier österreich. Goldrente —, ungarische Goldrente 93 $\frac{1}{2}$ , II. Orientanleihe 58 $\frac{1}{2}$ , österr. Silberrente —, Papierrente —, III. Orientanl. 58 $\frac{1}{2}$ , 1877er Russen —. Meining. Bank —. Ziemlich fest.

**Wien**, 30. November. (Schluß-Course.) Unbelebt. Banken, Bahnen und Renten abgeschwächt. Die Ankündigung einer Börsensteuervorlage verstimmt.

Papierrente 72,30. Silberrente 73,20. Österreich. Goldrente 86,90. Ungarische Goldrente 108,25. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose —. 1864er Loose 173,75. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose —. 109,50. Kreditattien 286,10. Franzosen 280,00. Lombarden 92,00. Galizier 278,00. Rajch.-Oderb. 132,50. Paribus 141,50. Nordwestbahn 187,50. Elisabethbahn 206,50. Nordbahn 244,00. Österreich-ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 111,30. Anglo-Austr. 124,80. Wiener Bankverein 140,80. Unger. Kredit 258,00. Deutsche Plätze 57,45. Londoner Wechsel 117,55. Pariser do. 46,40. Amsterdamer do. 96,90. Napoleon's 9,35. Dukaten 5,54. Silber 100,00. Marknoten 58,00. Russische Banknoten 1,20 $\frac{1}{2}$ . Lemberg-Czernowitz 169,00. Kronpr.-Rudolf 168,00. Franz-Josef 182,50. Elbthalbahn 222,50.

**Wien**, 30. November. Abendbörse. Kreditattien 286,00. Franzosen 280,50. Galizier 278,25. Anglo-Austr. 125,25. Papierrente 72,30. ung. Goldrente 108,45. Lombarden 92,00. österr. Goldrente 86,90. Marknoten 58,00. Napoleon's 9,35. 1864er Loose —. österr.-ungar. Bank —. Nordbahn —. Fest.

**Florenz**, 30. Novbr. 5 p.C. Italienische Rente 89,82. Gold 20,67.

**Petersburg**, 30. November. Wechsel auf London 24 $\frac{1}{2}$ , II. Orientanleihe 90 $\frac{1}{2}$ .

**Paris**, 30. November. (Schluß-Course.) Fest.

3 proz. amortisirb. Rente 87,20. 3 proz. Rente 85,55. Anleihe de 1872 119,05. Italienische 5 proz. Rente 87,35. Österreich. Goldrente 74 $\frac{1}{2}$ . Ungar. Goldrente 94 $\frac{1}{2}$ . Russen de 1877 96,00. Franzosen 607,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 198,50. Lomb. Prioritäten 274,00. Türk. de 1865 12,52 $\frac{1}{2}$  steig. 6 proz. rumänische Rente 92 $\frac{1}{2}$ . Credit mobilier 671,00. Spanier exter. 21 $\frac{1}{2}$ , do. inter. 20 $\frac{1}{2}$ . Suezcanal-Aktien —. Banque ottomane 547,00. Societe gen. 572,00. Credit foncier 1345,00. Gapter 336,00. Banque de Paris 1140,00. Banque d'escompte 823,00. Banque hypothécaire 607,00. III. Orientanleihe 58 $\frac{1}{2}$ . Türkloose 41,50. Londoner Wechsel 25,24 $\frac{1}{2}$ .

**Paris**, 30. November. Boulevard-Berkehr. 3 proz. Rente —. Anleihe von 1872 119,00. Italiener 87,35. österreich. Goldrente —. ungar. Goldrente 94 $\frac{1}{2}$ . Türk. 12,00. Spanier exter. 21 $\frac{1}{2}$ , Egypt 333,00. Banque ottomane —. 1877er Russen 95 $\frac{1}{2}$ . Lombarden —. Türkloose 39,00. III. Orientanleihe 58 $\frac{1}{2}$ . Träger.

**London**, 30. November. Consols 100 $\frac{1}{2}$ . Italienische 5 proz. Rente 86 $\frac{1}{2}$ . Lombarden 8, 3 prozent. Lombarden alte 10 $\frac{1}{2}$ , 3 prozent. do. neue 5, proz. Russen de 1871 89, 5 proz. Russen de 1872 88 $\frac{1}{2}$ , 5 proz. Russen de 1873 90 $\frac{1}{2}$ , 5 proz. Türk. de 1865 12 $\frac{1}{2}$ , 5 proz. fundierte Amerikaner 104 $\frac{1}{2}$ . Österreich. Silberrente 63 $\frac{1}{2}$ , do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 93 $\frac{1}{2}$ . Österreich. Goldrente 74 $\frac{1}{2}$ , Spanier 21 $\frac{1}{2}$ , Egypt 66 $\frac{1}{2}$ .

Preuß. 4prozent. Consols —. 4proz. bair. Anleihe —. Türk. —. 1873er Russen —.

Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,58. Wien 11,97. Paris 25,22. Petersburg 24.

Blagdistont 2 $\frac{1}{2}$  p.C. Aus der Bant floßen heute 110,000 Pfd. Sterl.

## Produkten-Börse.

Berlin, 30. November. Wind: NW. Wetter: Feucht und trübe. Weizen ver 1000 Kilo loko 183—235 M. nach Qualität gefordert, f. weicher Uterm. — M. ab Bahn bez., gelber — M. ab Bahn bez., weißb. Poln. — M. ab Bahn bezahlt, per November 211½ bez., per November-Dezember 209½—210½ M. bez., per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 215—214—214½ bezahlt, per Mai-Juni — M. bez. Gefündigt — 3tr. Regulierungspreis — M. Roggen per 1000 Kilo loko 210—218 M. nach Qualität gef., russischer — ab Kahn bez., inländischer — M. ab Bahn bez., feiner — M. ab Bahn bez., defekt m. stark. Ausw. — M. ab Bahn bez., per November 211—212 Kilo bez., per November-Dezember 210 bis 211—210½ M. bez., per Dezember-Januar 208½—209½—209 bez., per Januar-Februar — bez., per April-Mai 199—200—200 bez., per Mai-Juni 195½—196½—196 M. bezahlt, per Juni-Juli — bez. Gefündigt 17000 3tr. Regulierungspreis 21½ M. bezahlt. — Gerste 1000 Kilo loko 145—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 146—168 nach Qualität gefordert, russischer 148—151 bezahlt, ost- und westpreußischer 150—155 bez., pommerischer und mecklenburgischer 153 bis 156 bez., schlesischer 149—155 bez., böhmischer 149—155 bez., Mai-Juni 153 bez., per Nov. 151½ bez., per Nov. Dezember 151 B. per Dez.-Jan. — bez., April-Mai 152—152½ bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 195—215 M. Futtermaare 182—191 M. — Mais per 1000 Kilo loko 140—143 n. nach Qualität gef., per April-Mai 128 nom., per November 141 nom., per Dezember 141 nom., per Januar 144 nom., rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer

ab B. bez. Gefündigt 1000 3tr. Regulierungspreis 140 M. — Weizen mehl per 100 Kilogramm brutto 00: — M. 0: 30,00—29,00 M. 0/1: 29,00 bis 28,00 M. — Roggen mehl infi. Sac 0: 30,50 bis 29,00 M. 0/1: 29,00—28,00 M. per November 28,40 Mark bez., per November-Dezember 28,30 Mark bez., per Dezember-Januar 28,30 Mark bez., per Januar-Februar 28,40 Mark bez., per Februar-März 28,40 M. bez., per April-Mai 28,40—28,35—28,40 bez., Mai-Juni 28,00 bez. Gefündigt 1500 3tr. Regulierungspreis 28,30 M. — Oelfaat per 1000 Kilo Winterraps — M. Winterrüben — M. — Rübel per 100 Kilo loko ohne Fas 54,2 M. flüssig — mit Fas 54,5 M. November 54,5 M. bez., per November-Dezember 54,5 M. bez., per Dez.-Jan. 54,5 M. bez., per Januar-Februar — bez., per Februar-März — bezahlt per April-Mai 57,0 bez., per Mai-Juni 57,4 M. Gefündigt — 3tr. Regulierungspreis — M. — Leinöl per 100 Kilo loko 67,0 M. — Petroleum per 100 Kilo loko —, November 28,6—28,3—28,4 bez., per November-Dezember 28,6—28,3—28,4 bez., per Dez.-Januar 28,5—28,2—28,3 bez., per Jan.-Febr. 28,4—28,2—28,3 bez., per Febr. 28,5 bez., Februar-März 28,0 bez., April-Mai 27 bez. Gefündigt 4600 3tr. Regulierungspreis 28,4 M. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fas 56,2 bez., per November 57,0—57,8—56,8 bezahlt, per Nov.-Dezember 55,7—56,0—55,9 bez., per Dezember-Januar 55,6—55,8 bis 55,7 bez., per Jan.-Febr. — bez., Februar-März —, per April-Mai 1881 56,6—56,9—56,8 M. bez., per Mai-Juni 56,8—57,1—57,0 bez., Juni-Juli — bez. Gefündigt 110,000 Liter. Regulierungspreis 57,40 M. (Berl. Börs.-3tg.)

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loko gelber 208—210 M. geringer 180—200 M. weiter 205—215 M. per November 212,5 bis 212 M. bez., per Frühjahr 211—212—211,5 M. bez. — Roggen wenig verändert, per 1000 Kilo loko inländischer 198—206 M. Libauer — M. russischer — M. November 207 M. bez., per Nov.-Dezember 205—204,5 M. bez., per Frühjahr 196—195,5 M. bez., per Mai-Juni — M. bez. — Gerste stille, pr. 1000 Kilo loko 140 bis 170 M. — Koch 175 bis 185 M. — Mais per 1000 Kilo loko 160 bis 145 M. — Winterrüben per 1000 Kilo loko per April-Mai 256,5—257 M. bez. — Rübel matter, per 100 Kilo loko ohne Fas bei Kleinigkeiten 56 M. Br. per November 54,5 M. bez. u. Br. November-Dezember 54 M. bez. u. Gd. per April-Mai 56,75 M. Br. Spiritus fester, per 10,000 Liter p. Et. loko ohne Fas 54,5 M. bez., abgelaufene Anmeldung — M. bez. mit Fas 54,8 M. bez., per November 54,6—54,8 M. bez., per November-Dezember 54 M. bez. und Gd. per Frühjahr 55,2 M. bez., Mai-Juni — M. bez. Angemeldet nichts. — Regulierungspreise: Weizen 212,5 M. Roggen 207 M. Rübel 54,5 M. Spiritus 54,7 M. — Petroleum loko 10,35—10,5 M. trans. bez., alte Usanze — M. tr. bez., Kleinigkeiten — M. tr. bez. — Regulierungspreis 10,4 M. — Anmeldungen — M. tr. bez. Heutiger Landmarkt: Weizen 205—215 M. Roggen 200—207 M. Gerste 155—162 M. Hafer 150—158 M. Erbsen 180—190 M. Kartoffeln 45—50 M. Heu 2,5—3 M. Stroh 30—36 M. (Offizee = 3tg.)

Stettin, 30. November. (An der Börse) Wetter: Trübe. + 5 Grad R. Barometer 28,8. Wind: W.

Berlin, 30. November. Die günstige Stimmung, welche an gestrige Börse bereits zum Durchbruch gelangte, übertrug sich auch auf den heutigen Verkehr, nur blieb in Bezug auf die Lebhaftigkeit der Umsätze auch heute viel zu wünschen übrig. Von den auswärtigen Plätzen wurden Kurse gemeldet, die anzeigen, daß auch dort eine feste Tendenz die Oberhand gewonnen hatte. Indes vertraute die hiesige Spekulation derartigen Meldungen weniger, man glaubte im Gegenteil, daß eine gewisse Reserve durchaus geboten sei, da man erst abwarten wollte, in welcher Weise die Monatsliquidation in Paris und in Wien verlaufen würde. Besonders könnte die Sachlage an der Pariser Börse zu Bedenken Anlaß geben. In Folge dessen blieb der Verkehr hier immerhin eingeschränkt, denn andernfalls hätte sich ein bei

## Hamburger Aktien-Börse.

Berlin, den 30. November 1880. Preußische Bonds- und Geld-Course.

Consel. Anleihe	4½ 105,00 bzb
do. neue 1876	4 101,20 bzb
Staats-Anleihe	4 99,90 bzb
Staats-Schuldsch.	3½ 98,50 bzb
Od.-Deichh.-Obl.	4½
Verl. Stadt-Obl.	4½ 103,00 G
do. do.	3½ 94,80 bzb
Schuld. d. B. Kfm.	4½
Pfandbriefe:	
Berliner	5 106,75 G
do.	4½ 102,80 bzbG
Landsch. Central	4 98,90 bzb
Kur. u. Neumärk.	3½ 94,00 bzb
do. neue	3½ 91,30 bzbG
do.	4 99,00 bzb
do. neue	4½
N. Brandbg. Kred.	4
Ostpreußische	3½ 89,20 G
do.	4 99,10 bzb
do.	4½ 100,50 bzbB
Pommersche	3½ 89,19 G
do.	4 99,00 bzbB
Posensche, neue	4 99,40 bzb
Sächsische	4
Schlesische altl.	3½ 39,25 G
do. alte A.	4½
do. neue I.	4
Westpr. rittersch.	3½ 90,50 bzb
do.	4 98,75 bzb
do. II. Serie	4½
do. neue	4½
do. 102,25 bzbG	
Rentenbriefe:	
Kur. u. Neumärk.	4 99,00 bzb
Pommersche	4 99,60 G
Posensche	4 99,30 bzb
Preußische	4 99,60 bzb
Rhein. u. Westfäl.	4 100,00 G
Sächsische	4 99,80 G
Schlesische	4 99,75 G
20-Frankstücke	16,14,5 bzb
do. 500 Gr.	
Dollars	4,20 bzb
Imperials	16,68 bzb
do. 500 Gr.	13,93 B
Engl. Banknoten	20,43 bzb
do. einlösbar. Leipzig.	
Französ. Banknot.	80,70 bzb
Öster. Banknot.	172,55 bzb
do. Silbergulden	
Russ. Noten 100 Rub.	208,25 bzb
Deutsche Bonds.	
Ostsch. Reichs-Anl.	4 100,00 bzb
P.-A. v. 55 a 100 Th.	3½ 148,50 bzb
Hess. Reichs. a 40 Th.	— 223,40 bzb
Bad. Pr.-A. v. 67.	4 132,75 G
do. 35 fl. Oblig.	
Bair. Präm.-Anl.	4 135,75 bzb
Braunsch. 20 thl.-L.	— 97,70 bzbG
Brem. Anl. v. 1874	4 99,40 B
Cöln.-Md.-Pr.-Anl.	3½ 131,00 bzb
Deff. St.-Pr.-Anl.	3½ 126,70 bzb
Goth. Pr.-Pfdbr.	5 118,00 bzbG
do. II. Abth.	5 116,90 bzb
Ob. Pr.-A. v. 1866	3 185,75 bzb
Lübecker Pr.-Anl.	3½ 182,50 bzb
Medeb. Eisenbahn.	3½ 91,50 B
Meiningen Loope	— 26,30 bzbB
do. Pr.-Pfdbr.	4 123,25 G
Oldenburger Loope	3 151,60 B
D.-G.-C.-B.-Pfdbr.	5 106,00 bzbG
do. do.	4½ 101,50 bzbG
Ostsch. Hypoth. unf.	5 100,25 G
do. do.	4½ 101,50 G
Rein. Hyp.-B.	4 101,00 G
Kr. Grdr.-H.-A.	5 99,80 G
do. Hyp.-Pfdbr.	5

Andländische Bonds.	
Amerik. rdg. 1881	6
do. do. 1885	6
do. Bds. (fund.)	5 99,10 bzb
Norweger Anleihe	4½ 123,25 G
Desterr. Goldrente	4 74,90 bzbG
do. Pap.-Rente	4½ 62,10 bzb
do. Silber-Rente	4½ 62,75 bzb
do. 250 fl. 1854	4
do. Cr. 100 fl. 1858	5
do. Lott.-A. v. 1860	122,50 bzbG
do. do. v. 1864	313,00 bzbB
Ungar. Goldrente	6 93,00 bzb
do. St.-Eisb. Att.	5 89,25 bzbG
do. Loope	220,75 bzbG
do. Schatzsch. I.	6
do. do. kleine	6
do. do. II.	6
Italienische Rente	5 85,75 bzb
do. Tab.-Oblig.	6
Alemannier	8 107,25 bzbG
finnische Loope	— 49,20 bzb
Kuss. Centr.-Bob.	5 79,00 G
do. Engl. A. 1822	87,25 bzb
do. do. A. v. 1862	88,50 bzb
Kuss. fund. A. 1870	5 89,50 G
do. do. 1872	89,50 G
do. do. 1873	92,20 bzb
do. do. 1877	5 92,20 bzb
do. do. 1880	4 71,70 bzb
do. Boden-Credit	5 81,25 bzbG
do. Pr.-A. v. 1864	141,90 bzbG
do. do. v. 1866	128,40 G
do. 5. A. Stieg.	5 60,10 bzbG
do. 6. do. do.	5 85,00 G
do. Pol. Sch.-Obl.	4 81,10 bzbG
do. do. kleine	4
Poln. Pfdbr. III. G.	5 63,00 bzb
do. do.	4
do. do. 1876	5 140,00 G
do. do. 1877	5 121,00 bzb
do. do. 1878	5 103,00 G
do. do. 1879	5 103,75 G
Industrie-Aktien.	
Brauerei Pagenhof	4 164,50 G
Dannenb. Kattun.	4
Deutsche Bauges.	4
Dtisch. Eisenb.-Bau	4 4,10 bzbG
Dtisch. Stahl- u. Eis.	4
Dommermärk. Hütte	4 63,50 bzbG
Dortmunder Union	5 120,00 B
Eggels. Maich.-Att.	4 27,25 bzb
Erdmannsd. Spinn.	4 30,75 G
Flora-Charlottenb.	4
Frißt. u. Rosm. Käb.	5 57,75 G
Gelsenkirch.-Bergm.	4 125,40 bzbG
Georg.-Marienhütte	4 94,00 bzbG
Hibernia u. Sham.	4 99,30 bzb
Immobilien (Berl.)	4 81,00 B
Kramsta. Leinen-f.	4 94,50 G
Lauchhammer	4 34,00 bzbG
Laurahütte	4 118,00 bzb
Lüne-Tiefb.-Bergm.	4 63,25 bzbG
Magnesia-Bergm.	4 125,50 G
Marienb.-Mlanits.	5 87,25 bzbG
Münster-Emschede	5 16,90 bzbG
Nordhausen-Gerfurt	5 93,00 bzbG
Oberlausterh. Bank	5 46,00 bzbG
Oels.-Gneisen	5 37,40 bzbG
Ostpreuß. Südbahn	5 23,25 bzbG
Posen-Greuburg	8 69,25 bzbG
Rechte Oderuf. Bahn	5 150,00 B
Rumm.-Kahlische	5 54,00 bzb
do. Certiflate	4 54,00 bzb
Russ. Staatsbahn	5 128,00 bzbG
Scasshau.-Bank	5 59,25 bzb
do. Südwestbahn	5 105,50 bzb
Schweizer Union	4 26,20 bzb
Schlesier-Westbahn	4 26,90 bzb
Südöster. (Lomb.)	4 159,00 bzb
Turnau-Prag	4 91,00 bzb
Warschau-Wien	4 266,00 bzb
Südd. Bodenfredit	4 133,75 G